

Das Evangelium, das wir gehört haben, ist von beträchtlicher Radikalität. Es ist radikal in der Aufforderung zur Nachfolge Jesu. Ist das auch politisch zu verstehen?

Was haben christlicher Glaube und Politik miteinander zu tun? Wie politisch ist unser Glaube? Wie politisch muss er sein, darf er sein? Lassen sich aus der Bibel (eindeutige) politische Konsequenzen ableiten?

Seit der Reformation sind Christen vorsichtiger, auch selbstkritischer geworden in der Beantwortung dieser Fragen – wegen der jahrhundertelangen Verquickungen von Thron und Altar, wegen der problematischen Tradition religiöser Rechtfertigungen von politischer Herrschaft. Die es ja bis heute gibt, wenn wir uns auf unserem Globus umsehen. So hat sich z. B. der amerikanische Präsident Bush auf religiöse Eingebungen bezogen, um den Irak-Krieg zu begründen. Islamistische Fundamentalisten missbrauchen den Koran zur Rechtfertigung blutiger Gewalt. In afrikanischen Ländern finden religiös-eingekleidet blutige ethnisch-ökonomische Auseinandersetzungen statt.

Und an Beispielen von macht- und parteipolitischen Missbrauch christlichen Glaubens in Europa, in Deutschland muss ich gewiss nicht ausführlich erinnern. Vor solchem Hintergrund ist die Unterscheidung von Religion und Politik, von Kirche und Staat, die die Reformation wichtig genommen hat, von aktuellem Wert.

So heißt es bei Melanchthon:

„Aber zu Beginn ist es sehr von Nöten, die Politik vom Evangelium zu unterscheiden und die Meinung der Unerfahrenen zu widerlegen, die träumen, das Evangelium sei nichts anderes als eine politische Lehre, der gemäß die Staaten einzurichten seien. (So heißt es in Melanchthons Kommentar zu den politischen Schriften des Aristoteles.) Melanchthon meint, im Evangelium sei „keine lehr vom gemeinen wesen“ zu finden. Und das heißt doch wohl, dass die politische Herrschaft als weltliche Aufgabe nach ihren eigenen Gesetzen zu führen sei.

Das ist uns Christen inzwischen ganz selbstverständlich, u. a. unter der Formel der Lutherschen „Zwei-Reiche-Lehre“. Dass man mit der Bergpredigt keine Politik machen könne, ist ein oft wiederholter Gemeinplatz. (Ob der richtig ist, soll heute nicht mein Thema sein.) Aber die Unterscheidung von Politik und Religion, die Trennung von Staat und Kirche – sie sind uns selbstverständlich, weil sie eben beide Ergebnis einer langen mühevollen Entwicklung seit der Reformation sind. Wir leben in Kirchen, die durch diesen, die Moderne prägenden Aufklärungsprozess hindurchgegangen sind: einen Prozess der Individualisierung von Religion (auch deren Privatisierung) einerseits und andererseits einen Prozess der Säkularisierung des Gesellschaftlichen, des Politischen. Beides ging Hand in Hand. Das war auch ein Prozess der „Mäßigung“, der „Verbürgerlichung“ von Religion, also auch von deren Entradikalisierung und Entschärfung und zugleich der Zunahme ihrer Toleranzfähigkeit – so auch wurde erst Religionsfrieden möglich.

Seitdem gilt, dass Religion Privatsache sei. Und ja, sie ist es auch, insofern sie selbstverständlich Sache der freien, persönlichen Entscheidung des Einzelnen ist. Kein Staat, keine Obrigkeit, keine Politik hat hier etwas zu entscheiden. Aber zu verlangen, sie müsse auch im privaten,

nichtöffentlichen Raum bleiben, sie dürfe keine öffentliche Existenz, keinen politischen Wirksamkeitsanspruch haben – das, meine ich, verlangte eine Verfälschung von nicht nur christlicher Religion. (Übrigens: Dass Religion – bestenfalls – ausschließlich Privatsache sein dürfe, das galt in der DDR. Das habe ich erlebt und erfahren. Und deshalb erfüllt es mich immer noch mit einer Art historischer Heiterkeit, dass es dann ausgerechnet Christen waren, die wesentlich dazu beigetragen haben, in einer politischen Revolution der DDR ein Ende zu setzen. Das ist doch eine schöne Pointe der Geschichte!)

Tätiges Zeugnis, also Diakonie, Caritas sind Konsequenz christlichen Glaubens, sie gehören zum Wesen der Kirche. Und sie sind notwendig mehr als individuelle und gewiss löbliche Mildtätigkeit. Sie sind eben auch Einmischung in den demokratischen Streit – nicht als parteipolitische Stellungnahme, aber doch in Widerspruch oder Zustimmung, wenn es um Grundfragen des Lebens, des Zusammenlebens geht. Diese Stellungnahmen sollen und dürfen weder triumphalistisch noch oberlehrerhaft sein – sondern Dialogangebote. Damit sie das sein können, sollten sie allerdings auch nicht ängstlich oder leisetreterisch sein. Man vergleiche in dieser Hinsicht das aktuelle gemeinsame Sozialwort von EKD und Katholischer Bischofskonferenz mit der Kapitalismuskritik von Papst Franziskus „Diese Wirtschaft tötet“ und seinen Zorn über die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“.

Mögen auch viele Bürger den Kirchen nicht mehr immer folgen, deren moralische Unterweisungen für ihr persönliches Leben nicht mehr so wichtig halten: Die Erwartung an die Kirchen, an die Christen, sich zu äußern, wenn es um Grundfragen des Lebens oder des Zusammenlebens geht, diese Erwartung ist – ausweislich vieler demoskopischer Untersuchungen – immer noch erheblich. Das entspricht auch meiner Erfahrung als Politiker. Und wir sollten uns auch nicht irritieren lassen, dass für viele Menschen die Kirchen bestenfalls noch „Anstalten der stellvertretenden Moral“ sind: „Die sollen vorleben, was mir fremd geworden ist.“

(So hat es Matthias Drobinski in der SZ vom 7.3.2014 formuliert). Na und, sage ich. Wenn wir uns nur nicht zu einem dummen unaufgeklärten Konservatismus, zu Don Quichotterie verleiten lassen!

Als Christen sind wir der Überzeugung, dass es keinen bloß geglaubten Glauben geben kann. Das Evangelium ist Aufruf zur Nachfolge, ist Einweisung in gutes, sinnvolles Leben, das ja immer nur gemeinschaftlich gelebt werden kann. Der gelebte christliche Glaube ist deshalb notwendigerweise auch gesellschaftliche Praxis, hat öffentlichen Anspruch, ist also im vernünftigen und weiten Sinne des Wortes auch politisch.

Wenn und weil christlicher Glaube aber nicht nur das Für Wahr Halten von Glaubenssätzen ist, dann und deshalb beansprucht er existenzielle Verbindlichkeit und ist darum das Gegenteil von verbürgerlichter Gemütlichkeit, von Einverständnis mit dem, was wir Menschen und unser gesellschaftlicher Zustand jeweils schon sind. „Wer seine Hand an den Pflug legt und sieht zurück, der ist nicht geschickt zum Reich Gottes.“

Wir sprechen also von einem unausweichlichen Spannungsverhältnis zwischen Politik und Evangelium, zwischen Religion und Politik. Religion handelt vom Absoluten – Politik ist die Sphäre des Relativen, des Vorläufigen. In der Politik geht es um das Wohl, in der Religion um das Heil der Menschen. In dieser reformatorischen Unterscheidung ist die eigentliche und fundamentale auch politische Dimension des christlichen Glaubens enthalten!

Wir wissen aus der Geschichte und können es auch in der Gegenwart beobachten: Zeiten der Zukunftsverunsicherungen und Ängste, der bedrohlichen Problemfülle und sozialen Nöte, der Unzufriedenheit und Ungeduld sind Zeiten besonderer Verführbarkeit durch Populisten, politische Heilslehrer, Fundamentalisten, durch politische Religionen oder religiös überhöhte Politik.

Was passieren kann, wenn sich Unzufriedenheit und Angst und Verzweiflung (bei denen unten in der Gesellschaft) mit Demokratieverachtung und Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit (bei denen oben in der Gesellschaft) paaren, wenn wirtschaftliche Verlierer und gesellschaftliche Eliten sich zu einer Abkehr vom demokratischen System verbünden, das hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts gezeigt, gerade auch in Deutschland. Auch wenn sich Geschichte so nicht wiederholen wird: das Potential autoritärer, demokratiefeindlicher Haltungen ist auch gegenwärtig und ebenso in Demokratien vorhanden und es nimmt zu, wenn wirtschaftliche Modernisierungsschübe und soziale und politische Krisen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Angesichts der Problemfülle und des Veränderungsdrucks, angesichts von Zukunftsängsten und sozialer Verunsicherung wächst bei nicht wenigen Menschen das Bedürfnis nach den einfachen Antworten und den starken Verheißungen, nach der befreienden Erlösung von der Problemlast. Aber in den Parlamenten und Regierungen sitzen keine Erlöser, sondern ganz irdische Volksvertreter, die sich um irdische Antworten auf Streitfragen, um möglichst gute Lösungen aktueller Probleme bemühen: Die Politik, die Demokratie ist die Sphäre des Relativen und nicht des Absoluten. Demokratische Politik praktizieren und verteidigen heißt deshalb, immer wieder ernsthaft und mühsam und leidenschaftlich die notwendigen Veränderungen aussprechen, diskutieren, mehrheitsfähig machen und sie Schritt für Schritt verwirklichen. Das sind alles zeitraubende, schweißtreibende, Geduld erfordernde, durch Enttäuschungen gezeichnete und gefährdete Vorgänge! Aber so ist demokratische Politik nun einmal. Mit der Befriedigung von Erlösungsbedürfnissen hat das alles wenig zu tun, eher schon mit deren regelmäßiger bitterer Enttäuschung! Doch das ist allemal besser als jene Vermischung von säkularisierter Religion und politischer Heilslehre, wie sie für die beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts charakteristisch waren.

Demokratische Politik ist nicht identisch mit wirtschaftlichem Erfolg, sie garantiert nicht problemlos Wachstum und Wohlstandsmehrung. Sie wird allerdings oft – als Forderung, als Wunsch, als Erwartung – damit gleichgesetzt. Für die Stabilität einer Demokratie ist vielmehr Gerechtigkeit eine wesentliche Bedingung, weil davon abhängt, ob die Demokratie von allen und insbesondere von den schlechter gestellten Bürgerinnen und Bürgern als für ihr Leben dienlich und sinnvoll angesehen wird. Wenn das Gerechtigkeitsempfinden vieler durch die Politik oder die wirtschaftlichen Verhältnisse oder wirtschaftlichen Akteure systematisch verletzt wird, kann weniger erwartet werden, dass die demokratischen Regeln gestützt und eingehalten werden. Insofern ist Gerechtigkeit eine wesentliche Legitimationsgrundlage des demokratischen Staates und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Die politische Gemeinschaft einer Demokratie wird bei allen kulturellen, weltanschaulichen, sozialen Differenzen erst durch eine elementare Übereinstimmung in Fragen der Gerechtigkeit und der Menschenwürde gestiftet, das heißt, durch eine wechselseitige Anerkennung von Rechten, die es den Menschen ermöglicht, neben ihrer Rolle als konkurrierender Marktteilnehmer die Rolle des kooperierenden Bürgers einzunehmen und damit den Standpunkt des reinen Eigeninteresses hinter sich zu lassen.

Es geht um den Primat, den Vorrang demokratischer Politik gegenüber den allgewaltig propagierten „Selbstheilungskräften des Marktes“. Das ist die Lehre der Finanzmarktkrise, die wir noch nicht gänzlich hinter uns haben. Es geht dabei zum Beispiel um die Frage: Was alles darf (vollends) zur Ware werden, dem Markt überlassen werden, was nicht: Bildung, Gesundheit, Kultur, Zugang zu den natürlichen Ressourcen, innere und äußere Sicherheit?

Was muss vielmehr öffentliches Gut bleiben oder wieder werden, über dessen Zugänglichkeit demokratische Politik, also fürs Gemeinwohl verantwortliche Bürger entscheiden können und dürfen und müssen – Politiker, die sich für ihre Entscheidungen vor Bürgern verantworten müssen, nicht vor Aktionären.

Und zwar entscheiden nach Maßstäben, die nicht die des Marktes, des wirtschaftlichen Erfolges sind – sondern Maßstäbe der Menschenwürde, der Gerechtigkeit, der Solidarität. Und hier kommt wieder das Evangelium ins Spiel, das keine Handlungsanweisungen für tagesspolitische Fragen liefert, aber eben solche Maßstäbe.

Die frohe Botschaft des Evangeliums von der Gotteskindschaft, ja der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, sie bietet den unhintergehbaren Maßstab, ist die tiefste Begründung für eine Gerechtigkeitspolitik, der es um die gleiche Würde jedes Menschen geht, denn jeder Mensch ist Kind Gottes. Diese frohe Botschaft ist der störrische und leidenschaftliche Einspruch gegen die Reduktion des Menschen auf seine beiden Rollen, die er auf dem Markt spielt: nämlich Arbeitskraft und Konsument zu sein.

Für das Evangelium bemisst sich Wert und Würde von Menschen nicht an Leistung, Erfolg, Geldbeutel, Schönheit, Cleverness. Das Evangelium handelt von der Würde der Leidenden, der Scheiternden, der Behinderten, der Kranken, der Sterbenden, der Armen. Es ist ein befreiender Einspruch gegen die Entmoralisierung der sozialen Beziehungen, weil es ein entschiedener Einspruch ist gegen die Dominanz des Ökonomischen wie auch gegen die Absolutsetzung des Politischen.

Das macht die Unterscheidung von Evangelium und Politik, auf die Philipp Melancthon Wert gelegt hat, so wichtig und aktuell: Wirtschaft und Politik sollen und müssen nicht heilig gesprochen werden; sie haben dienende, dem Menschen dienende Funktion; in ihnen soll vernünftig und gemeinwohlorientiert verfahren werden. Politik ist befreit von der Aufgabe, für das Heil der Menschen zu sorgen, aber sie soll sich um das Wohl der Menschen, möglichst aller, kümmern. Politik soll und kann frei sein von totalitären Ansprüchen; Politik und also Politiker sind nicht für alles zuständig – auf keinen Fall für Erlösung! Genau das aber gibt lösungsorientierter, pragmatischer Politik, also demokratischer Politik ihren Ernst, ihre Würde. Und befreit und beschützt zugleich christliche Religion vor ihrem Missbrauch zur Begründung von Parteipolitik, von politischer Macht, gar von Gewalt! Die Unterscheidung weist auf das Spannungsverhältnis hin, das für Politik in der Demokratie geradezu konstitutiv ist. Christlicher Glaube kann vor der Absolutsetzung von Politik und Macht, politischer und wirtschaftlicher Macht und vor deren Ideologisierung schützen. Das ist der wichtigste Dienst des christlichen Glaubens, also von Christen, an der Demokratie. Deshalb hat Alexis de Tocqueville schon vor über 200 Jahren den Satz formuliert: „Demokratische Gesellschaften brauchen Religion, Despoten nicht.“